

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschuss
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 21.04.2016
Sitzung Nummer:	12 ( FHLA/12/2016)
Sitzungsdauer:	17:00 - 17:54 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

---

Carsten Wulfänger

---

Katrin Michaelis  
Protokollführung

---

### **Anwesend:**

#### Vorsitz

Herr Carsten Wulfänger

#### Mitglieder

Frau Steffi Friedebold

Herr Jörg Hellmuth

Frau Katrin Kunert

Herr Bernd Prange

Herr Lars Schirmer

Herr Peter Zimmermann

ab 17:08 Uhr

#### Stellvertreter

Herr Wolfgang Kühnel

Vertretung für Herrn Dr. Böhme

#### Protokollführer

Frau Katrin Michaelis

#### von der Verwaltung

Herr Dr. Denis Gruber

Herr Sebastian Stoll

### **Abwesend:**

#### Mitglieder

Herr Dr. Jörg Böhme

### **Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit
- 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses vom 03.03.2016
- 6 Verwendung der erhaltenen Spenden aus der Flüchtlingshilfe  
Vorlage: 244/2016

- 7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal (GfAuS)  
Vorlage: 234/2016
  - 8 Antrag der Hansestadt Osterburg zur Aufstellung von zwei stationären Geschwindigkeitsmessgeräten in der Ortschaft Erxleben  
Vorlage: 239/2016
  - 9 Behandlung der Anträge der Fraktion der SPD aus der Sitzung des Kreistages vom 17.12.2015
  - 9.1 Antrag zur Erarbeitung eines strategischen Zielsystems mit zentralen Handlungsfeldern, operativen Zielen und einzelnen Maßnahmen durch den Landkreis Stendal bis 2017 und zur Erarbeitung von Kennzahlen, die auf verschiedenen Zielebenen dazu dienen, den Grad der Zielrichtung einzuschätzen
  - 9.2 Antrag der Novellierung des kreislichen Immobilienkonzeptes bis 2017
  - 10 Anfragen und Anregungen
- 

## Protokoll

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Herr Wulfänger eröffnet die 12. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses um 17:00 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

### **zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses und der Beschlussfähigkeit**

Der Landrat stellt fest:

- die Ladung zur 12. Sitzung des Finanz-, Haushalts- und Liegenschaftsausschusses erfolgte frist- und formgerecht
- der Ausschuss ist beschlussfähig

### **zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung**

Frau Kunert führt an, dass der Tagesordnungspunkt 9 abgesetzt werden sollte. Dieser Vorschlag wird einstimmig angenommen. Der Landrat stellt daraufhin die Tagesordnung fest.

### **zu TOP 4 Einwohnerfragestunde**

Fragen seitens der Einwohner bestehen nicht.

### **zu TOP 5 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 11. Sitzung des Ausschusses vom 03.03.2016**

Es bestehen keine Einwände zur Niederschrift. Der Landrat stellt somit den öffentlichen Teil der Niederschrift der 11. Sitzung des FHLA vom 03.03.2016 fest.

**zu TOP 6 Verwendung der erhaltenen Spenden aus der Flüchtlingshilfe  
Vorlage: 244/2016**

Einleitend erklärt Herr Wulfänger, dass momentan auf dem Flüchtlingsspendenkonto 2.680,01 Euro eingegangen sind. Der Vorschlag der Verwaltung ist entsprechend der Beschlussvorlage, die Mittel für die Teilnahme von Flüchtlingskindern am Kinderfest des CJD Billberge zu verwenden. Bei diesem Fest sind jedes Jahr ca. 800-1.000 Kinder. Unter anderem soll der Transport zum Fest und wieder zurück organisiert werden.

Herr Zimmermann fragt, ob die Mehrheit der Flüchtlingskinder an diesem Fest teilnehmen wird. Der Landrat erklärt, dass dies noch nicht bis ins letzte Detail geklärt ist, allerdings besteht das Interesse, so viel wie möglich daran teilnehmen zu lassen.

Frau Kunert fragt, ob auch Kinder aus der Landesaufnahmeeinrichtung in Kletz daran teilnehmen können. Herr Wulfänger teilt mit, dass das organisiert werden könnte. Genau hat man sich da noch nicht festgelegt.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 7 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung  
des Landkreises Stendal (GfAuS)  
Vorlage: 234/2016**

Herr Stoll erläutert, dass mittlerweile weitestgehend alle Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Umbau der GfAuS mbH abgeschlossen seien. Derzeit ist die Änderung des Gesellschaftervertrages in Arbeit. Dieser sollte in der Vergangenheit bereits geändert werden, da er nicht mehr dem tatsächlichen Aufgabenspektrum und dem Umfang der Gesellschaft entsprach. Nun hat man den Austritt einiger Gesellschafter zum Anlass genommen, den Vertrag neu aufsetzen und notariell beurkunden zu lassen. In der Beschlussvorlage werden der alte und der neue Vertrag gegenübergestellt. Der neue Vertrag bietet die Möglichkeit, auch in den nächsten Jahren weiter damit arbeiten zu können, so Herr Stoll.

Herr Zimmermann fragt, wer jetzt noch Gesellschafter ist. Herr Stoll erklärt hierzu, dass momentan die bisherige Gesellschafterstruktur vorhanden ist. Der Verkauf einiger Anteile ist noch nicht notariell beurkundet. Erst mit der Beurkundung wird der Austritt der Gesellschafter rechtskräftig. Dann sind weiterhin vorhanden:

Stadt Arneburg  
Einheitsgemeinde Tangerhütte  
Verbandsgemeinde Elbe-Havel-Land  
Hansestadt Stendal  
Landkreis Stendal

Die Anteile der austretenden Gesellschafter werden von den verbleibenden Gesellschaftern (bis auf den Landkreis Stendal) übernommen. Für den Landkreis bleiben der Anteil und somit auch die Umlage gleich.

Herr Hellmuth fragt, ob die genannten Gesellschafter auch tatsächlich Gesellschafter bleiben wollen. Herr Stoll erklärt, dass die entsprechenden Beschlüsse hierzu vorliegen.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 8 Antrag der Hansestadt Osterburg zur Aufstellung von zwei stationären Geschwindigkeits-  
messgeräten in der Ortschaft Erxleben  
Vorlage: 239/2016**

Einleitend erklärt Herr Wulfänger, dass die Austauschvorlage erstellt worden ist, da sich die Personalkosten und somit die Kosten für den Landkreis nachträglich geändert haben.

Frau Schubert stellt anhand einer vorbereiteten PowerPoint-Präsentation die Beschlussvorlage vor. (Präsentation siehe Sitzungsdienst Session)

Frau Kunert fragt, ob es einen vorgeschriebenen Abstand zum Ortseingangsschild gibt. Auf dem Foto sieht es so aus, als würde der Blitzer relativ dicht hinter dem Eingangsschild aufgestellt werden. Frau Schubert erklärt, dass die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden.

Außerdem fragt Frau Kunert zum Vergleich, inwieweit die Einnahmen mit Bekanntwerden des festen Blitzers in Buchholz zurückgegangen sind. Laut Auskunft der Hansestadt Stendal sind die Werte auf eine Verwarnungswirksamkeitsquote in Höhe von 10% zurückgegangen. Von diesem Wert wurde auch bei der Berechnung der Anlage in Erxleben ausgegangen, so Frau Schubert.

Herr Prange bittet darum, die Geschwindigkeitsbegrenzung für LKWs in der Nacht ab 22:00 Uhr auf 30 km/h zu überdenken. Seine Befürchtung ist, dass der Blitzer und die 30 km/h die LKW-Fahrer dazu verleiten könnten, als Protest geräuschvoll über die Schachtdeckel zu fahren. Herr Wulfänger erklärt hierzu, dass die 30 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung eine Grundlage hat. Ohne Grund wurde diese nicht eingeführt.

*einstimmig zugestimmt*

**zu TOP 9 Behandlung der Anträge der Fraktion der SPD aus der Sitzung des Kreistages vom 17.12.2015**

*zurückgestellt*

**zu TOP 9.1 Antrag zur Erarbeitung eines strategischen Zielsystems mit zentralen Handlungsfeldern, operativen Zielen und einzelnen Maßnahmen durch den Landkreis Stendal bis 2017 und zur Erarbeitung von Kennzahlen, die auf verschiedenen Zielebenen dazu dienen, den Grad der Zielrichtung einzuschätzen**

**zu TOP 9.2 Antrag der Novellierung des kreislichen Immobilienkonzeptes bis 2017**

**zu TOP 10 Anfragen und Anregungen**

Herr Schirmer fragt, ob es derzeit ein Controlling System beim Landkreis Stendal gibt und wenn ja, wie dieses aussieht. Außerdem wünscht er einen Vergleich des Systems des Landkreises Stendal zu anderen Landkreisen. Herr Wulfänger erklärt, dass ein Controlling System im eigentlichen Sinne nicht vorhanden ist, allerdings wurde kürzlich eine Stelle für Controlling und Beteiligungen ausgeschrieben. Momentan läuft das Auswahlverfahren.

Herr Hellmuth führt an, dass regelmäßig ein Budgetbericht bekanntgegeben wird. Wenn dies für Herrn Schirmer nicht zum Controlling gehört, dann müsste man definieren, wie man sich Controlling für den Landkreis Stendal weiter vorstellt. Herr Schirmer erläutert, dass es darum geht, ob eine Software vorhanden ist, die Daten erfasst und die man auch entsprechend nutzen kann. Und außerdem, wie man im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik im Landesvergleich dasteht. Herr Wulfänger erklärt, dass der Landkreis Stendal im Landesvergleich der Landkreis ist, der mit am weitesten ist. Die Eröffnungsbilanz und die Jahresabschlüsse 2013, 2014 sind fertig bzw. in der Prüfung, der Jahresabschluss 2015 ist in den letzten Zügen. Somit hat man entgegen einiger anderer Landkreise wieder zum normalen Rhythmus zurückgefunden.

Des Weiteren fragt Herr Schirmer nach einem Immobilienkonzept. Von anderen Kreistagsmitgliedern hat er erfahren, dass es in der Vergangenheit eine Präsentation zu einem Immobilienkonzept gegeben hat. Er fragt, was es für Unterlagen dazu gibt und wie man künftig mit kreiseigenen Immobilien umgehen will. Ein Immobilienkonzept als solches ist nicht vorhanden, so der Landrat.

Frau Kunert spricht an, dass im letzten Finanzausschuss festgelegt worden ist, dass zu den Anträgen der Fraktion schriftlich Erläuterungen dargelegt werden sollten. Dies ist nicht geschehen. Herr Schirmer entgegnet, dass er zum heutigen Finanzausschuss Erläuterungen mitgebracht hat. Diesbezüglich bestehen unterschiedliche Auffassungen zur Arbeitsweise, so Frau Kunert.

Herr Kühnel führt an, dass der Tagesordnungspunkt abgesetzt worden ist. Ein Wiederaufleben unter Anfragen und Anregungen entspreche seiner Auffassung nach nicht dem Sinn einer Absetzung eines Tagesordnungspunktes.

Herr Wulfänger beendet die Diskussion und fragt nach weiteren Anfragen und Anregungen.

Frau Friedebold regt an, dass zum nächsten Umweltausschuss die Abfallentsorgungsproblematik aufgegriffen wird. Sie hat den Eindruck, dass die ländliche Infrastruktur nach und nach geschwächt wird. So gibt es einige Fälle, bei denen Abfall nicht abgeholt worden ist, weil die Wege angeblich nicht befahrbar oder keine ausreichenden Wendeschleifen vorhanden seien. Prüfungen vor Ort haben ergeben, dass die Wege befahrbar sind und dass man auch wenden kann. Ihre Bitte ist daher, sich dieser Problematik seitens des Landkreises anzunehmen und im nächsten Umweltausschuss dazu Stellung zu nehmen. Herr Wulfänger erläutert, dass man sich der Sache bereits angenommen hat. Herr Dr. Gruber ergänzt, dass zum 02.05.2016 alle Ordnungsamtsleiter der Verbands- und Einheitsgemeinden einberufen worden sind, um die aufgelaufenen Fälle zu besprechen. Zum einen geht es um die Auslegung von Verkehrszeichen und zum anderen um die Verkehrssicherungspflicht der Gemeinden. Hinzu kommt noch, dass die Berufsgenossenschaft Schreiben veröffentlicht hat, aus denen hervorgeht, was bei den Müllwerkern zu berücksichtigen ist. Von daher werden am 02.05.2016 auch Vertreter der Berufsgenossenschaft anwesend sein.

Frau Kunert regt an, im Umweltausschuss auch zu behandeln, worauf der Landkreis Stendal hinsichtlich der Abfallentsorgung vertraglich Einfluss nehmen kann und wo nicht. Dies wird aufgenommen, so der Landrat.

Danach präsentiert Herr Wulfänger Zahlen zu den Jahresabschlüssen. In 2013 wurde mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2 Millionen Euro geplant, tatsächlich belief sich der Fehlbetrag auf 5 Millionen Euro. Hauptsächlich ist das Ergebnis auf die Hochwasserkatastrophe in 2013 zurückzuführen. Das Jahr 2014 ist hierbei zusätzlich zu betrachten. Dort wurden unter anderen großen Summen aus Erstattungsanträgen im Zusammenhang mit dem Hochwasser erfasst. Geplant war in 2014 ein Jahresüberschuss in Höhe von 77.000,00 Euro. Tatsächlich konnte das Jahr mit einem positiven Ergebnis in Höhe von 2,1 Millionen Euro abgeschlossen werden. Für 2015 geht man derzeit von einem Jahresüberschuss in Höhe von 2,1 Millionen Euro, statt eines geplanten Überschusses in Höhe von 4.500 Euro aus. Hauptsächlich liegt dies an der Erfassung der Forderungen des Jobcenters aus Leistungen der Unterkunft und Heizung. Der positive Effekt beläuft sich auf 1,4 Millionen Euro. Hinzu kommen Einsparungen im Hochbauamt. Mit zunehmender Anzahl ankommender Flüchtlinge wurden die Kapazitäten für die Unterbringung der Flüchtlinge benötigt, sodass geplante Aufträge nicht beauftragt werden konnten. Die Schlussfolgerung daraus ist jedoch, dass diese Gelder in den kommenden Jahren benötigt werden. Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag bewegt sich durch die Ergebnisse der Vorjahre langsam in Richtung 0,00 Euro. Dies ist von besonderer Bedeutung, da sich bei vorhandenem Eigenkapital die Bestimmungen bei der Haushaltsgenehmigung lockern, so der Landrat.

Abschließend informiert Herr Wulfänger die Ausschussmitglieder darüber, dass der Landesrechnungshof derzeit und bis ca. Ende Mai zur Prüfung im Hause ist. Bisher gab es noch keine wesentlichen Prüfungsfeststellungen. Der endgültige Bericht muss jedoch noch abgewartet werden.